L-02-141-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin
Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 140 bis 144:
können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas bis 2030 zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie ~~sukzessive~~ab 2030 nur noch mit Erneuerbarem Gas befeuert werden ~~können~~.
Wir sehen die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie kritisch, da essenzielle Punkte, wie eine dezentrale Strom- und Wärmeversorgung nicht bzw. nicht ausreichend beachtet wird. Wir wollen dezentrale Bürger*innenenergie fördern um das Monopol von Vattenfall aufzubrechen und damit den schnellstmöglichen Weg zu einem CO2-neutralem Berlin gehen. Der Berliner Senat soll sich nicht aus der Verantwortung nehmen, und Druck auf Vatenfall ausüben um den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern bis 2030 vollziehen und parallel das netto-null auch bis 2030 zu erreichen.
Wenn der Kohleausstieg, wie in der Studie beschrieben, erst 2030 vollzogen und dann zu 60% mit fossilen Gas und Müllverbrennung kompensiert wird, würde Berlin nicht einmal die 2 Grad Grenze bis 2050 einhalten.
Ein Rechtsgutachten des "Volksbegehren Klimaschutz" zeigt vier verschiedene Möglichkeiten für Landesgesetze auf, die gewährleisten würden, wie der Berliner Kohleausstieg gelingen kann. Damit soll Vattenfall unter Druck gesetzt werden, sich um einen Kohleausstieg ohne Kompensation durch fossile Energieträger zu bemühen. Wir verpflichten uns, diese zu prüfen und gegebenenfalls mit den Koalitionspartner*innen zu verhandeln.
Weiter ist es für eine ernst gemeinte Energiewende unumgehbar Berlin und Brandenburg stärker als gemeinsame Energieregionen zu betrachten. Wir verpflichten uns dies in Zukunft verstärkt zu machen und Pläne für eine gemeinsame Energiewende in Berlin und Brandenburg auszuarbeiten.